

„Schöpferische Zerstörung“ – Krisen-Lehren I

Ullrich Heilemann

Schumpeters Wort von der „Schöpferischen Zerstörung“ hat wieder Konjunktur. Die Zahl der „schuldlos“ Getroffenen steigt rapide – und da soll es trösten, dem Neuen Platz zu machen. Substantiell sagt die Phrase wenig (was ihre pastorale Funktion nicht beeinträchtigt): Dem Abstieg folgt der Aufstieg. Wann und wo, bleibt klugerweise offen – das Ruhrgebiet oder Ostdeutschland warten jedenfalls schon lange. Weniger zerstörungsverliebt geben sich die Ökonomen, wenn es um den eigenen Turf geht, wie der Umgang mit der jetzigen Krise illustriert. Für Abschließendes zu Entstehung und Verlauf, zu dem Mixtum von Finanz-, Wirtschafts-, Sektor- und Politikkrise ist es zwar noch zu früh, an Kandidaten für mehr oder weniger „schöpferische“ Zerstörung fehlt es aber schon jetzt nicht.

So sollten wir uns rasch von der Ranking- und Rating-Manie der letzten Jahre befreien. Trotz zahlreicher konzeptioneller und empirischer Mängel wurden Ranking- und Rating-Ergebnisse zum Kompass nicht nur des Kommentariats, sondern auch der Politik. Viele der Länder, die die Krise mit auslösten – von den Vereinigten Staaten, über das Vereinigte Königreich bis hin zu Spanien und Irland –, wurden so jahrelang als „Vorbilder“ gepriesen, ohne dass es auch nur den kleinsten Hinweis auf ihre fragilen Strukturen gegeben hätte. Krisen wie die aktuelle lassen sich nicht prognostizieren, aber Letztere wäre anders verlaufen, hätten wir uns frühzeitig erinnert, dass billiges Geld, Bauboom und steigende Immobilienpreise nicht ewig tragen. Selbstverständlich war nicht alles schlecht, zumal wir am vergangenen Boom gut teilhatten und es lange Zeit so aussah, als ginge es ewig so weiter – typische Ingredienz jeder Krise, wie die Krisengeschichte lehrt, aber die ist schon lange aus dem Curriculum – „schöpferisch“? – verschwunden.

Kandidat Nr. 2: Die Abkoppelungsthese. Die These von der Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von den weltwirtschaftlichen Fahrnissen wurde bis weit in den letzten Sommer propagiert und „Ansteckungsgefahr“ – wie so oft bei Krisen – kleingeschrieben. Nur zu bald wurde indes deutlich, dass es trotz Globalisierung mit der Polyzentralität noch nicht weit her ist und der Rest der Welt entweder unter der gleichen Krankheit wie die Vereinigten Staaten litt oder sich dort infiziert hatte. War es wirklich so schwierig zu sehen, dass Deutschland, wo seit bald zehn Jahren nur die Ausfuhr für Wachstum gesorgt hatte, zuletzt mit einem Außenbeitrag von 7 % des BIP, für internationale Turbulenzen besonders anfällig sein würde? Dass auch große „Kosteneffizienz“ bei einer allgemeinen Absatzkrise wenig hilft, erst recht nicht, wenn sie mit einer vor sich hin dümpelnden Binnenkonjunktur erkaufte ist, sollte nicht neu sein.

Unangefochten erster Kandidat für den Orkus ist freilich die These von der krisenfreien Wirtschaft. Bis weit nach dem Ausbruch der Finanzkrise herrschte – wie stets bei großen Krisen – auch diesmal die Ansicht vor, dass, erstens, eine weltweite Krise bereits des jetzt erwarteten Ausmaßes – wer weiß, was noch

kommt? – unmöglich sei. Noch in den 1990er Jahren – zum dritten Mal in dem Jahrhundert – war der Konjunkturzyklus aus 99 Gründen für tot erklärt worden; Japankrise, Asienkrise, Russland-Krise waren Wetterleuchten, über die rasch hinweg zur Tagesordnung geschritten worden war. Zweitens, so wurde versichert, seien wir diesmal, anders als in den 1930er Jahren, viel besser gerüstet, um damit fertig zu werden. Die Geldpolitik habe viel dazu gelernt – sorry Japan! – und sei ausreichend gewappnet, zudem würden ja die „automatischen Stabilisatoren“ helfen. Verweise auf die ambivalenten Konsequenzen der Krisenbekämpfung durch die amerikanische Geldpolitik oder Hinweise, die automatischen Stabilisatoren würden zwar Schwankungen dämpfen, aber keine Konjunkturwende schaffen, wurden mit dem Mantra „Konjunkturprogramme sind Strohfeuer!“ abgetan – ohne Wenn und Aber. Teures Wunschdenken, wie wir heute wissen. In immer kürzeren Zeiträumen wird weltweit in ungekanntem Ausmaß und keineswegs über alle Zweifel erhaben interveniert. Dies vor einem Jahr zu prognostizieren, hätte jeden Ökonomen, außer *Krugman*, die Lizenz gekostet.

Besonders ärgerlich dabei ist, dass Deutschland mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz durchaus über ein auch unter den gegenwärtigen Umständen brauchbares Instrumentarium zur Krisenbekämpfung verfügt. Zwar ist es mittlerweile mehr als 40 Jahre alt und bei seiner Anwendung (oder Überarbeitung) ist dem Rechnung zu tragen: den gemachten guten wie schlechten Erfahrungen, der gestiegenen Verflechtung der Volkswirtschaften, der monetären Integration Europas und der Wechselkursflexibilität, der gestiegenen Bedeutung der Finanzmärkte und der völlig veränderten Situation bei der Staatsverschuldung. Aber bei aller Kritik an dem Gesetz (die ja durchweg auch die jetzt verabschiedeten Konjunkturpakete I ff. trifft), hätten „Schubladenprogramme“, „abgestimmtes Verhalten“ und „Globalansatz“ mehr Gestaltungsmöglichkeiten und mehr Effizienz bedeutet, als dies Abwrackprämien und die geplanten Steuersenkungen versprechen. Aber ungeachtet der Ordnung und Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentenkastens: Größtes Verdienst des Stabilitätsgesetzes war es, den Bundesdeutschen in ihrer ersten großen Krise ein Leitbild zu geben! Dass es auch diesmal zu einer konjunktur- und krisenpolitischen Neubesinnung kommt, ist leider nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Seien wir froh, wenn wir nicht allzu weit hinter frühere Krisen-Lehren zurückfallen. Zerstörungen sind selten schöpferisch – entgegen allen Versprechungen.

Prof. Dr. Ullrich Heilemann ist Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung (IEW) an der Universität Leipzig. Arbeitsschwerpunkte: Konjunkturanalyse und -politik, Makroökonomische Modelle, Regionalforschung.
e-mail: heilemann@wifa.uni-leipzig.de